

FDP (Auszüge)

Thema Datenschutz

Eine liberale Innenpolitik in einem liberalen Hessen

(Polizei)Ausstattung verbessern

"Wir verurteilen Pläne zur Verwendung von Staatstrojanern, Massenüberwachung privater Kommunikation sowie Durchsuchungen privater Cloudinhalte aufs Schärfste"

"Die Nutzung von predictive policing beobachten wir kritisch, die Nutzung muss datenschutzkonform sein und lediglich als Hilfsmittel für Polizisten dienen."

Recht

Moderner Datenschutz: Fortschritt und Technik unter Wahrung der Freiheitsrechte

"Zunehmend kollidieren traditionelle Maßstäbe des Datenschutzrechts mit der ständigen explosiven Ausweitung von Datenmengen, die uns technischen Fortschritt im Zuge der Digitalisierung erst ermöglichen. Deshalb fordern die Freien Demokraten eine Neuorientierung der datenschutzrechtlichen Diskussion mit dem Ziel der Nutzbarmachung des technischen Fortschritts und der Auflösung der angeblichen Unvereinbarkeit zwischen Bürgerrechtsschutz und Fortschrittsorientierung. Erforderlich ist ein klares Bekenntnis zu Fortschritt und Technik unter gleichzeitiger Wahrung der Freiheitsrechte jedes Einzelnen."

Recht auf Anonymität und Pseudonymität gewährleisten

Wir setzen uns dafür ein, dass das Recht auf Anonymität und Pseudonymität im Internet gewahrt bleibt. Bis auf spezielle, nicht vermeidbare Fälle muss die Entscheidung über die Bekanntgabe ihrer Identität den Bürgerinnen und Bürgern obliegen.

Allerdings müssen im Vollzug Voraussetzungen geschaffen werden, die sicherstellen, dass Rechtsverletzungen erfolgreich verfolgt werden können. Umfassende „Chatkontrollen“ lehnen die Freien Demokraten ab

Datenschutz und soziale Netzwerke

"Wir fordern, durch rechtliche Vorkehrungen den Datenschutz in sozialen Netzwerken zu stärken. Ausgehend vom „Nullzustand“, in dem die Grundeinstellungen des Netzwerks dem

Nutzer den höchstmöglichen Schutz des allgemeinen Persönlichkeitsrechts gewährleisten, müssen die Nutzer selbst aktiv bestimmen können, wer ihre Daten einsehen und darauf Zugriff nehmen darf („Opt-in-Verfahren“)

"Gleichwohl respektieren wir auch hier die Freiheitsrechte jedes Einzelnen und damit auch das Recht zum persönlichen Risiko. Auch Datenschutzstandards sind, jenseits der Sicherstellung von Mindeststandards, Bestandteil des Wettbewerbs, die auch wettbewerbsrechtlich kontrolliert und ggf. sanktioniert werden können. So verstanden, unterliegt es der freien Entscheidung jeden Bürgers, ob und wie er z. B. behördliche Informationen und Angebote in sogenannten sozialen Netzwerken nutzt und welche Daten er dabei preisgibt. Deshalb lehnen wir ein Verbot der Nutzung von Facebook etwa durch die Polizei, aber auch andere Behörden ab. Die Veröffentlichung von Informationen soll auch auf den eigenen Plattformen/Webseiten erfolgen."

E-Demokratie

"Auch bei Wahlen und Abstimmungen stehen wir für ein klares Ja zur Digitalisierung, verflochten mit den Grundsätzen der Demokratie. Dementsprechend wollen wir eine Online-Stimmabgabe ermöglichen, die dem Grundsatz der Öffentlichkeit der Wahl entspricht und Manipulationen ausschließt. So soll auch beim Volksbegehren die Sammlung der Unterstützerunterschriften online möglich sein."

Ausbau Medienkompetenz

"Der Umgang mit Datenschutz muss frühzeitig erlernt werden (können): Wir wollen ihn deshalb im Rahmen der schulischen Bildung in den Unterricht integrieren und das Schulfach Informatik in Digitalkunde fortentwickeln. In dem Fach Digitalkunde treten neben Kenntnissen zu Hard- und Software die Vermittlung von Medienkompetenz und die Beherrschung von Sicherheitstechniken und Datensparsamkeit. Dies erfordert außerdem eine Fortund Weiterbildung von Lehrkräften. Die Etablierung eines Schulungswesens für Ältere steht in diesem Zusammenhang ebenfalls auf unserer „To-do-Liste“."

Wissenschaft / Universitäten

Forschungsdatenzugang verbessern

"Gesundheitsdaten gehören jedoch zu den sensibelsten Informationen, Patientinnen und Patienten erwarten ein entsprechend hohes Sicherheits- und Datenschutzniveau, um ihr Einverständnis für die Nutzung zu geben. Eine Institution, die Gesundheitsdaten verwahrt und zur Nutzung für die Forschung autorisiert, muss entsprechend vertrauenswürdig sein."

Medienpolitik

Einsatz Künstlicher Intelligenz verbessert unsere Bildung

"Daher wollen wir einen Einsatzrahmen für die Künstliche Intelligenz erstellen, der alle Einsatzbereiche vor dem Hintergrund technischer, datenschutzrechtlicher und ethischer Aspekte umfassend beleuchtet."

Rundfunkfinanzierung

Den Beitragsservice (früher GEZ) wollen wir abschaffen und den Rundfunkbeitrag durch die Finanzämter einziehen. Damit würden die enorm hohen Kosten der Einzugsbürokratie gesenkt und die nach wie vor bestehenden Verunsicherungen bei Fragen des Datenschutzes beendet.

Thema Digitalisierung

Digitale Identitäten

"Jede Bürgerin und jeder Bürger in Hessen soll von der Zuteilung einer digitalen Identität (eID) profitieren können, um Zahlungen im Handel, eHealth-Anwendungen wie die Gesundheitskarte und das elektronische Rezept sowie Verträge im Online-Handel mit einer eID einfach abzuwickeln. Die eID sollte dem höchsten europäischen Datenschutz-niveau entsprechen und unter der persönlichen Datenhoheit des einzelnen Bürgers stehen. Jeder soll jederzeit selbst entscheiden können, welche Daten er freigibt und welche geheim bleiben.

So werden digitale Dienste für alle einfacher, und die Datenhoheit bleibt beim Einzelnen. Die digitale Identität soll der Ausgangspunkt für alle Dienstleistungen der hessischen Landes- und Kommunalverwaltung sein, damit niemand auf einen Termin im Einwohnermeldeamt warten muss."

Digitale Verwaltung (E-Government)

"Ein Staat, der digitalisieren will, muss auch selbst digital arbeiten. Das gilt sowohl für die Interaktion mit Bürgerinnen und Bürgern (Citizen to Government), für die Interaktionen mit Unternehmen (Business to Government) und für die Interaktion mit Vereinen und Verbänden (NPO/NGO to Government). Es gilt auch für die Interaktionen innerhalb der Verwaltungshierarchien (Government to Government) als auch für die interne Arbeit."

"Wir bekennen uns weiterhin zur Offenheit von Daten und Standards. Daher wollen wir ein echtes Open-Data-Gesetz zu einem Transparenzgesetz mit aktiver Veröffentlichungspflicht nach dem Hamburger Modell weiterentwickeln. Öffentliche Digitalisierungsprojekte sollen, sofern keine Sicherheitsinteressen entgegenstehen, nach dem Open-Source-Prinzip entwickelt werden. Nicht personenbezogene oder entsprechend anonymisierte und pseudonymisierte Daten der Verwaltung sollen frei zur Verfügung gestellt werden, um größtmögliche

Informationsfreiheit zu gewährleisten. Wir erkennen zudem die innovationsfördernde Wirkung offener Daten an."

"Als Politik setzen wir Ziele und Standards für Sicherheit, Datenschutz und Kompatibilität mit anderer Verwaltungssoftware. Die besten und günstigsten Lösungen liefert dann aber der Markt gegebenenfalls mit bestehenden Technologien."

Digitale Wirtschaft für nachhaltigen Erfolg fit machen

"Einen wichtigen Beitrag zum nachhaltigen Erfolg hessischer Unternehmerinnen und Unternehmer leistet das Vertrauen von Kundinnen und Kunden in die Sicherheit ihrer Daten. Das gilt in der digitalen Welt sowohl für digitale Produkte und Dienstleistungen als auch für konventionelle Unternehmen.

Wir wollen daher das Hessische Datenschutzsiegel einrichten, mit dem Unternehmen ihr gesetzeskonformes Datenschutzniveau sowie regelmäßige Sicherheitsüberprüfungen nachweisen können."

Sonstige Stellen

Datenrecht als Eigentumsrecht

"Wir fordern einen Paradigmenwechsel bei der Verfügungsgewalt an höchstpersönlichen Daten: Personenbezogene Daten sind in erster Linie wie persönliches Eigentum der Bürgerinnen und Bürger anzusehen. Das bedeutet, dass grundsätzlich die jeweilige Person ähnlich wie bei sonstigem Eigentum die Verfügungsgewalt innehat. Ärzte sind damit beispielsweise keine „Eigentümer“ von Patientendaten (Röntgenaufnahmen, Blutbildern etc.), diese gehören den Bürgerinnen und Bürgern selbst."

Informationsfreiheitsgesetz verbessern

"Wir wollen das Hessische Informationsfreiheitsgesetz verbessern. Insbesondere fordern die Freien Demokraten die Ausweitung des Anwendungsbereiches, sodass auch Städte und Gemeinden zur Auskunft verpflichtet werden."

Liberaler Verbraucherschutz

"Besonders im digitalen Raum geraten Verbraucherrechte zunehmend unter Druck. Cybercrime-Aktivitäten wie zum Beispiel das Ausspähen und Abfangen von Daten, Phishing-Mails oder Identitätsdiebstahl nehmen zu. Wir werden uns auf Landes- und Bundesebene dafür einsetzen, stärker in die IT-Bereiche der Strafverfolgungsbehörden zu investieren, damit sie auch im Bereich der Cyberkriminalität effizient tätig werden können.""

Digitale Bürgerbeteiligung (E-Participation)

"Die FDP strebt eine stärkere Bürgerbeteiligung in der Politik an. Dazu ist es notwendig, die gesetzlichen Rahmenbedingungen anzupassen. Gerade durch die Digitalisierung ergeben sich neue Möglichkeiten einer E-Participation, die klassische Beteiligungsverfahren erheblich erweitert."

SmartEducation – lebenslang digital lernen

"Jede Schülerin und jeder Schüler muss ein angemessenes digitales Endgerät nutzen können, um an allen Unterrichtsformen teilnehmen zu können. Wir wollen dafür ein Konzept entwickeln, das „Bring your own device“ mit einem ausreichend großen Pool an Leihgeräten verknüpft."

Informatik: kein Pilotprojekt, sondern Standard für die Zukunft

"IT und Coding sollten ein Pflichtfach an den Schulen werden. Das mutlose Pilotprojekt „Digitale Welt“ wird abgeschafft."

Schulische Bildung

"Da Schulen ihre eigenen Bedürfnisse am besten kennen, wollen wir die Einführung eines Digitalisierungsbudgets prüfen, das die Schulen flexibel einsetzen können. Für dessen Verwaltung und Nutzung sollen dabei Personen mit pädagogischen und technischen Kenntnissen eingesetzt und hierzu ein spezielles Fachkräfteprogramm aufgesetzt werden."

Lehrkräfteaus- und -weiterbildung umfassend digitalisieren

"Es muss sichergestellt sein, dass angehende Lehrkräfte die Hochschule mit digitalen Kompetenzen verlassen. Gleichwohl müssen diese Kompetenzen über die Berufslaufbahn hinweg permanent aufgefrischt und vertieft werden. Deshalb soll ein Kern an zu vermittelnden digitalen Grundkompetenzen entwickelt werden, der alle Teilbereiche der Lehrkräftebildung abdeckt, und durch ein umfassendes Fortbildungsangebot ergänzt werden."